

Verbeamtung jetzt!

„Der Verband Bildung und Erziehung, (VBE Berlin), fordert die Verbeamtung der Berliner Lehrerschaft zum Schuljahr 2022/23, um eine weitere Abwanderung von ausgebildeten Lehrkräften in anderen Bundesländern zu verhindern“, erklärt die Landesvorsitzende Heidrun Quandt. „Die Berliner Lehrkräfte glauben nicht mehr an die Versprechungen von Politikerinnen und Politikern. Sie fürchten eine Hinhaltenaktik. **Sie wollen die Verbeamtung jetzt!**“

Wer 2022 rund 3000 Lehrkräfte einstellen muss, um den Regelunterricht abdecken zu können, der muss jetzt handeln und nicht erst 2023/24. Der Unterricht in Berlin muss durch ausgebildete Lehrkräfte erteilt werden, nicht durch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger und auch nicht durch Lehrerinnen und Lehrer ohne volle Lehrbefähigung. Die Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf qualifizierten Unterricht“ www.vbe-berlin.de

Wir setzen uns
für Sie ein !



VBE: Arbeitgeber werden ihrer Verantwortung nicht gerecht

Die Ergebnisse der Tarifrunde der Länder kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), wie folgt:

„Die Einigung in der Tarifrunde ist deprimierend für die Lehrkräfte. Das Verhalten der Arbeitgeber in der diesjährigen Tarifrunde der Länder hat erneut gezeigt, wie groß die Kluft zwischen Worten und Taten ist. Das, was den Arbeitgebern in den Verhandlungen als Ergebnis mühsam abgerungen werden konnte, ist angesichts der besonderen Situation, in der die Tarifverhandlungen stattfanden, zu akzeptieren, entspricht aber nicht der Wertschätzung, die die Beschäftigten erwarten und verdienen haben. Es wird zudem nicht dazu beitragen, den Fachkräftemangel im Lehrkräftebereich zu beseitigen. Um hier die Attraktivität zu steigern, muss die Politik ihren Worten in Sonntagsreden auch endlich Taten folgen lassen. Dafür und für die Übertragung auf den Beamtenbereich werden wir weiter streiten.“ www.vbe.de

Tarifabschluss TV-L – Übertragung auf Beamtinnen und Beamte dbb berlin pocht auf Gleichklang in der Bezahlung

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) hat den Senat aufgefordert, die Ergebnisse des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst der Länder zeit- und systemgleich auf die Berliner Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen.

Unmittelbar nach Abschluss der Tarifverhandlungen hat der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, in Schreiben an den Regierenden Bürgermeister, Michael Müller, und Finanzsenator Matthias Kollatz klargestellt, dass der Bezahlungsgleichklang sowohl die lineare Anpassung als auch die vereinbarte Corona-Prämie beinhalten müsse. Für die Versorgungsempfänger/innen erwartet Becker eine entsprechende Sonderregelung.

„Wenn man dem öffentlichen Dienst tatsächlich Wertschätzung entgegenbringen will, dann darf das Land Berlin jetzt nicht zögern! Auch ein neuerliches zeitliches Hinausschieben der Besoldungsanpassung ist vollkommen inakzeptabel.“, ließ Becker wissen.

Das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder bezeichnete der dbb Landeschef als nur in Teilen als zufriedenstellend. Umso wichtiger sei jetzt ein klares Signal der Landesregierung an die Berliner Beamten, dass eine zügige Übertragung des Abschlusses auf die Besoldung ohne Abstriche stattfinden wird. „Die Berliner Beamten und Versorgungsempfänger dürfen angesichts steigender Inflationsraten nicht doppelt gebeutelt und erst recht nicht wieder mit der bundesweit schlechtesten Besoldung abgespeist werden.“, mahnte Becker abschließend. www.dbb-berlin.de